

## 2025 WIRD WIEDER EIN POLITISCHES JAHR

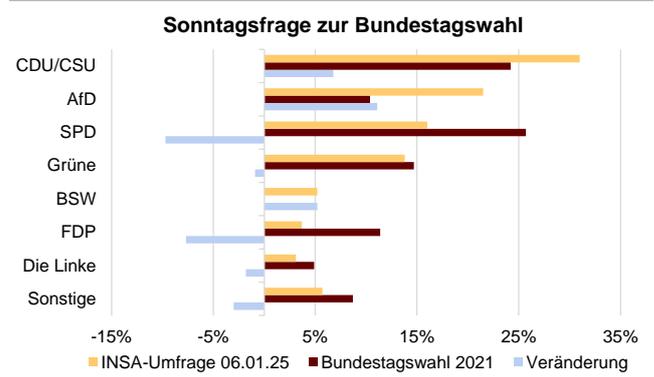
Das Superwahljahr 2024 ist vorbei, doch die Politik bleibt auch im neuen Jahr das bestimmende Thema. Am 20. Januar findet die Amtseinführung von Donald Trump vor dem Kapitol in Washington statt, also genau an jenem Ort, der vor vier Jahren von einem Teil seiner Anhänger gestürmt wurde. Für die Kapitalmärkte sind vor allem die Steuer-, Handels- und Migrationspolitik der neuen US-Regierung relevant. In Europa stehen die Sorgenkinder Frankreich und Deutschland im Fokus. Während die neue französische Regierung einen Haushalt für 2025 verabschieden muss, wird in Deutschland Ende Februar ein neuer Bundestag gewählt. Von der Geldpolitik werden in diesem Jahr deutlich weniger Impulse kommen. Während die EZB die Leitzinsen im ersten Quartal weiter senken wird, zweifeln die Märkte zunehmend an weiteren Zinsschritten der US-Notenbank.

Das neue Jahr beginnt mit einem Paukenschlag. Die **Amtseinführung von Donald Trump** als 47. Präsident der Vereinigten Staaten ist für Montag, den 20. Januar 2025, auf der Westfront des US-Kapitols in Washington geplant. Da die Amtseinführung auf den Martin Luther King Day fällt, ist dieser Tag in den USA ein Feiertag. Trump wird an jenem Ort vereidigt, an dem vier Jahre zuvor einige seiner Anhänger das Gebäude gestürmt hatten. Ziel der Angreifer war es damals, Senat und Repräsentantenhaus daran zu hindern, den Sieg von Joe Biden bei den Präsidentschaftswahlen 2020 offiziell zu bestätigen. Als unmittelbare Folge der Ereignisse kamen fünf Menschen ums Leben. Zahlreiche Menschen wurden verletzt, darunter 140 Polizisten.

Vor mehr als einem Jahr antwortete Donald Trump in einem Interview mit dem Journalisten Sean Hannity auf die Frage, ob er im Falle seiner Wiederwahl **seine Macht als Präsident missbrauchen würde, um Vergeltung zu üben** („abuse power as retribution against anyone“), dass er dies nur am ersten Tag seiner Amtszeit tun würde. Seitdem gibt es viele Spekulationen darüber, was am 20. Januar geschehen könnte. Planen die USA eine militärische Invasion an der mexikanischen Grenze? Werden sie die Kontrolle über den Panama-Kanal übernehmen? Werden sie Dänemark zwingen, Grönland zu verkaufen? Interessanterweise hat Trump damals selbst klargestellt, was er meint. So würde er am ersten Tag seiner Amtszeit die südliche Grenze zu Mexiko schließen und die Ölförderung in den USA erhöhen.

Unklar ist allerdings, ob mit „Grenzschießung“ die Schließung legaler Einreisepunkte gemeint ist oder die Erhöhung der Sicherheit entlang der mehr als 3.000 Kilometer langen Grenze. Nach einem Gespräch mit der neuen mexikanischen Premierministerin Claudia Sheinbaum hatte Trump erklärt, sie werde die Migration in die USA stoppen und damit die Grenze praktisch schließen. Sheinbaum antwortete, sie habe nicht die

Absicht, die Grenze zu schließen. Wahrscheinlicher ist, dass Trump eine Neuauflage des „Remain in Mexico“-Programms plant. Demnach müssten Migranten, die in den USA Asyl beantragen, bis zu ihrem Gerichtsverfahren in Mexiko bleiben. Das Programm war von Trump in seiner ersten Amtszeit eingeführt und von seinem Nachfolger Biden wieder abgeschafft worden. Auch **Massenabschiebungen mexikanischer Migranten ohne Aufenthaltsgenehmigung** sind möglich.



Zu den ersten Entscheidungen der neuen Trump-Administration könnte der **Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen und der Weltgesundheitsorganisation WHO** gehören. Auch eine Begnadigung der wegen des Sturms auf das Kapitol Verurteilten ist denkbar.

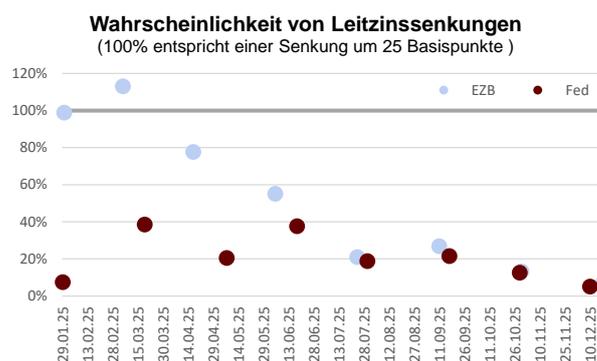
**Das gesamte Jahr 2025 dürfte von Unsicherheiten geprägt sein, die sich aus der Politik der neuen US-Regierung ergeben.** Neben der Migrationspolitik werden vor allem die geplanten Steuersenkungen und die angedrohten Zollerhöhungen im Fokus stehen. Auch die Entwicklung der geopolitischen Konflikte unter der neuen US-Regierung wird ein zentrales Thema sein. Trumps Ankündigung, den Krieg Russlands gegen die Ukraine noch vor Beginn seiner zweiten Amtszeit zu beenden, dürfte sich allerdings als unrealistisch erweisen.

**Auch in Europa steht die Politik im Mittelpunkt.** In **Frankreich** will der neue Premierminister Bayrou, der erst kurz vor Weihnachten sein Amt angetreten hat, bis Mitte Februar einen Haushalt für 2025 vorlegen. Die Minderheitsregierung seines Vorgängers Barnier war am Streit über die Haushaltspolitik gescheitert. Das Defizit soll in diesem Jahr bei knapp über fünf Prozent des BIP liegen, was weniger ehrgeizig ist als das Ziel der Vorgängerregierung, aber immer noch unter dem Wert von über sechs Prozent im vergangenen Jahr liegt.

In **Deutschland** finden am 23. Februar die vorgezogenen Wahlen zum Bundestag statt. Stärkste Partei ist in den Umfragen die CDU/CSU mit rund 30 Prozent der Stimmen, gefolgt von AfD (rund 20 Prozent) und SPD (rund 16 Prozent). FDP und Linke liegen in diesen Umfragen unter der Fünf-Prozent-Hürde. Die wahrscheinlichste Regierungskoalition wäre entweder eine große Koalition aus CDU und SPD oder eine schwarz-grüne Koalition. Wichtig wird auch, ob AfD und BSW zusammen mehr als ein Drittel der Sitze gewinnen können, wodurch sie eine Sperrminorität bei Entscheidungen bekämen, die eine Zwei-Drittel-Mehrheit benötigen. Da das Grundgesetz keine starre Frist für die Regierungsbildung vorsieht, könnten sich die Koalitionsverhandlungen hinziehen. Die bisherige Bundesregierung bleibt solange geschäftsführend im Amt, bis sie von einer neuen Regierung abgelöst wird. Ein wichtiges Thema für die neue Bundesregierung ist die Reform der Schuldenbremse.

Auch wenn 2025 nicht mit dem Superwahljahr 2024 mithalten kann, stehen in diesem Jahr **weitere interessante Wahlen** an. Ein wichtiger Stimmungstest werden im Oktober die mid-term elections in Argentinien

sein. Der umstrittene Präsident Milei kann einige wirtschaftliche Erfolge vorweisen, hat aber im Parlament keine Mehrheit. Mit Hilfe von Vetos konnte er eine deutliche Erhöhung der Renten und der Universitätsbudgets im Parlament verhindern. Zudem wurden durch eine Steueramnestie rund 20 Mrd. US-Dollar aus Bargeldverstecken in das reguläre Bankensystem zurückgeführt. Die Wahlen werden zeigen, ob die argentinische Bevölkerung seinen Kurs unterstützt und ob seine Partei eine Mehrheit im Parlament erringen kann.



2025 wird ein Jahr werden, in dem wie schon im vergangenen Jahr die Politik die meisten anderen Themen dominieren wird. **Weniger Impulse kommen dieses Jahr dagegen von der Geldpolitik.** Weitere Leitzinssenkungen in den USA werden von den Marktteilnehmern kaum mehr erwartet. Für die EZB sind dagegen zwei weitere Zinssenkungen im ersten Quartal eingepreist und bis zum Sommer sind zwei weitere Zinssenkungen möglich. Größeren Zinssenkungsspielraum gibt es in China, während in Japan in diesem Jahr die Leitzinsen vermutlich erhöht werden.

Ansprechpartner: Investment Office Marcard, Stein & Co, Dr. Christoph Kind (ckind@marcard.de), +49 40 32099-319, Christian Bußmann (cbussmann@marcard.de), Yannick Düring (yduering@marcard.de), Ralph Groß (rgross@marcard.de), Maximilian Völpel (mvoelpel@marcard.de)

Herausgeber

MARCARD, STEIN & CO AG – DIE FAMILY OFFICE BANK, Ballindamm 36, 20095 Hamburg, Tel. +49 40 32099-0, Fax +49 40 32099-200, www.marcard.de

© Copyright 2025

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes ist ohne unsere Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Medien des gesamten Inhalts oder von Teilen.

Haftungsausschluss

Dem Inhalt dieses Werks liegen vertrauenswürdige Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen zugrunde. Für die Richtigkeit können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Die hierin enthaltenen Aussagen können jederzeit ohne Vorankündigung geändert werden. Dieses Werk stellt weder ein Verkaufsangebot noch eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Kauf von Wertpapieren dar und ersetzt keine anleger- und produktbezogene Beratung über den Erwerb von Wertpapieren. Voraussetzung für eine kunden- und produktgerechte Beratung ist, dass Sie uns auf unsere Fragen bezogen auf Ihre Anlageziele und finanziellen Verhältnisse aktuelle, richtige und vollständige Angaben machen. Nur so sind wir in der Lage, Ihnen Empfehlungen entsprechend Ihren Anlagezielen und finanziellen Möglichkeiten zu geben. Im Rahmen der Geeignetheitsprüfung gleichen wir unsere Empfehlungen mit Ihren Anlagezielen und finanziellen Möglichkeiten ab. Insbesondere die Risikobereitschaft, Verlusttragfähigkeit und der bevorzugte Anlagehorizont bilden essentielle Bausteine für eine erfolgreiche und individuell zugeschnittene Anlageberatung.

Die Ausführungen gehen von unserer Beurteilung der gegenwärtigen Rechts- und Steuerlage aus. Durch etwaige andere Gesetze, Gesetzesänderungen, Veränderung der Rechtsprechung oder Erlasse kann sich die steuerliche Beurteilung – ggfs. auch rückwirkend – verändern und können die beschriebenen steuerlichen Folgen nachteilig beeinflusst werden. Die in diesem Werk enthaltenen Meinungsäußerungen geben unsere aktuelle Einschätzung wieder. Die in dieser Einschätzung zum Ausdruck gebrachten Meinungen können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Die steuerlichen Ausführungen erheben nicht den Anspruch, sämtliche steuerliche Aspekte zu behandeln, die aufgrund der persönlichen Umstände des einzelnen Anlegers von Bedeutung sein können. Interessierten Anlegern wird daher empfohlen, sich von einem Angehörigen der steuerberatenden Berufe über die steuerlichen Folgen des Erwerbs, des Haltens und der Veräußerung von Wertpapieren beraten zu lassen. Für die Richtigkeit der hier genannten Informationen übernehmen wir keine Gewähr.